



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 9

September 1973

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

- ITF verurteilt erneute Angriffe auf die Zivilluftfahrt 96
 IBFG appelliert für Sofortaktion zufolge der Zündung
 einer französischen Atombombe in Mururoa 97
 ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen 97

Transport und Verkehr

- Automatische Kupplung erst 1985 98
 Japan: Seeleutegewerkschaft fordert Prüfung des
 Sicherheitszustandes von Hochseeschiffen 99
 Schweden: Entschliessung der Arbeitnehmer im öffent-
 lichen Dienst zu Regierungsplänen über eine
 neue Verkehrspolitik 99
 U.S.A.: Transportarbeiter fordern Verstaatlichung
 der Eisenbahnen 100

Gewerkschaften

- Portugal: IBFG entsetzt über blutigen Ueberfall der
 Polizei auf Zivilluftfahrtspersonal 100
 Türkei: Verhaftung und unmenschliche Behandlung
 von Gewerkschaftern 100

Aus der Welt der Arbeit

- Deutschland: OeTV fordert Expertengespräche über
 Flugsicherung 101
 Grossbritannien: Höhere Löhne für Lastwagenfahrer 101
 Grossbritannien: TGWU veröffentlicht Charter für
 Autobuspersonal 102
 Israel: Seeleutestreik abgeblasen:
 Verhandlungen wiederaufgenommen 102
 Kanada: Mechaniker bestreiken Canadian Pacific Air (CPA) 102
 Kanada: Regionale Streikmassnahmen des nicht-fahrenden
 Eisenbahnpersonals 103
 Malta: Arbeitskonflikt des Autobuspersonals endet 103
 Nigerien: Seminar über Genossenschaften 103
 Trinidad: Hafenarbeiterstreik endet 104
 U.S.A.: Arbeitskonflikt des TWU mit KLM dauert an 104
 Beschwerden der Panamakanal-Lotsen 104

Kurznachrichten

105

Personalien

106

Bevorstehende Tagungen

106

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

ITF verurteilt erneute Angriffe auf die Zivilluftfahrt

Die ITF hat sowohl den am 5. August vorgenommenen Angriff arabischer Terroristen auf unschuldige Fluggäste im Flughafen von Athen als auch die von den israelischen Luftstreitkräften am 10. August über Beirut erzwungene Umleitung eines libanesischen Verkehrsflugzeuges schärfstens verurteilt. Diese beiden Zwischenfälle haben erneut gezeigt, welche schwerwiegenden Problemen sich die Zivilluftfahrt in Anbetracht der andauernden Luftpiraterie und Terrormassnahmen gegen Verkehrsflugzeuge, Flughafeneinrichtungen, Luftfahrtspersonal und Fluggäste gegenübergestellt sieht.

Die ITF ist der Ansicht, dass es ganz eindeutig die Verantwortung der Regierungen sämtlicher Luftfahrtsländer ist, wirksame und gemeinsame Massnahmen gegen alle Personen, Organisationen und Staaten zu ergreifen, die die Sicherheit der Luftfahrt in irgendeiner Weise gefährden. Darüber hinaus ist natürlich eine jede Regierung verpflichtet, von irgendwelchen Handlungen abzusehen, die eine solche Gefährdung der Luftfahrt zur Folge haben könnten. Die in der Zivilluftfahrt beschäftigten Arbeitnehmer sind fest davon überzeugt, dass es keine Argumente gibt, die eine solche Gefährdung des Lebens unschuldiger Menschen rechtfertigen.

Die gegenwärtig in Rom stattfindende diplomatische Konferenz der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) bietet den Regierungen der Welt erneut Gelegenheit, sich auf die Ergreifung wirksamer und scharfer gemeinsamer Massnahmen gegen Flugzeugentführer und Terroristen zu einigen. Die ITF wird auf dieser Konferenz darauf dringen, dass dies ohne weiteren Verzug geschieht.

In einem direkten Protest an Israel erklärte die ITF, dass eine derartige Luftpiraterie und die damit verbundene Gefährdung des Lebens unschuldiger Menschen in keiner Weise gerechtfertigt werden könne. Die Handlungsweise der Israelis habe somit dem Kampf des Zivilluftfahrtspersonals um Beachtung der einschlägigen Gesetze in der Zivilluftfahrt einen Rückschlag versetzt.

Abschliessend begrüsst die ITF die Meldung, dass die libysche Regierung die vier für die Zerstörung eines japanischen Verkehrsflugzeuges im Juli d.J. in Benghasi verantwortlichen Personen vor Gericht bringen wird und dass Israel gleichfalls den libyschen Entführer eines libanesischen Verkehrsflugzeuges (am 16. August) vor Gericht gebracht hat.

IBFG appelliert für Sofortaktion zufolge der Zündung einer französischen Atombombe in Mururoa.

Unmittelbar nachdem, trotz der französischen Nachrichtensperre, der Beginn der Atomversuche bei Mururoa bekannt wurde, hat der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften der Empörung der Freien Gewerkschaftsbewegung über das Verhalten der französischen Regierung Ausdruck gegeben. Otto Kersten verurteilte dieses Verhalten aufs schärfste und sagte, dass die französische Regierung der Weltmeinung trotze, alle privaten Proteste total erstickt und ungeachtet der zahllosen Appelle, die Präsident Pompidou aus aller Welt zugegangen seien, ihre Atomtest-Serie im Mururoa-Atoll begonnen habe. Unter Berufung auf zahlreiche Berichte über Erbschädigungen der Einwohner der betroffenen Gebiete infolge früherer Atomversuche bezeichnete Kersten das Verhalten der französischen Regierung als Ausdruck einer zynischen Verachtung der Menschheit und eine weitere Gefährdung für Leib und Leben von Millionen von Männern, Frauen und Kindern.

Er verwies darauf, dass der IBFG und die über 50 Millionen Arbeitnehmer, in deren Namen er spreche, seit Jahren eine aktive Kampagne gegen das Wettrüsten führten und dass die Mitglieder des IBFG entschlossener denn je seien, den Kampf gegen Atomversuche jeder Art fortzusetzen. Die Regierungen Frankreichs und Chinas hätten sich selbst verurteilt und würden daher auch die volle Verantwortung für ihre Taten selbst zu tragen haben.

Abschliessend erklärte Kersten: "Der IBFG appelliert an das Weltgewissen, darauf zu bestehen, dass die Milliarden, die heute für sinnlose Rüstungszwecke vergeudet werden, friedlichen Zielen zugeführt werden, um die Menschheit von Elend, Unwissenheit und Hunger zu befreien. Der IBFG wiederholt den Appell, den er am 18. Juli an die höchsten Instanzen der Welt gerichtet hat, und ersucht sie, die französische Regierung aufzufordern, die Atomversuche über Mururoa unverzüglich einzustellen."

Die ITF fordert die ihr angeschlossenen Gewerkschaften erneut auf, geeignete Protestaktionen gegen französische Interessen in allen Teilen der Welt durchzuführen.

ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen

Im Rahmen der ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen konnten in den drei Monaten Juni bis August 1973 folgende Schiffe vertraglich erfasst werden:

(Li: Liberien; Cy: Zypern; Pa: Panama; Sg: Singapur;
So: Somaliland; NA: Niederländische Antillen.)

Von der Italienischen Seeleute-Föderation (FILM-CISL):
Li AMELIA TOPIC*, Li ANTE TOPIC*, Li IVAN TOPIC*, Li JELA TOPIC*,
Li OLGA TOPIC*, Li ROSINA TOPIC* und Li SERAFIN TOPIC*; vom

Schwedischen Seeleuteverband: Cy ANNA V, Cy BELL CRUSADER*, Li CAPE MAGDALENA, Cy CARMEN, So GOLDEN BRIDGE, Li PAM, Cy PONTOS, Cy PROSPERITY, Pa PUK, Li STAR BILLABONG, Cy UNITED GLORY, Li GOLAR FREEZE*, NA SYLVIA IV und Cy AEGIS LEGEND; vom Norwegischen Seeleuteverband: Li BERGE ISTRÄ und Li DOCE CANYON; vom Taiwanesischen Seeleuteverband: Pa BLUE JADE; von der Australischen Hafenarbeitergewerkschaft (WWF): Cy CRETAN LIFE, Pa MERCURY RIVER* und SIAM VENTURE; vom Finnischen Seeleuteverband: Pa DRAKOS, Li PENTA, So WINDWARD REEFER und Cy NENI*; vom All-Japanischen Seeleuteverband (AJSU): Li ESSO KUMAMOTO*, Li SAN JUAN VANGUARD*, Li SAN JUAN VENTURER*, Li SAN JUAN VOYAGER* und Pa YUKONMART; von der Israelischen Gewerkschaft der Schiffsoffiziere (ISOU): Pa LEONIDAS A; von der Britischen Gewerkschaft der Seeleute (NUS): Cy SANASTASIA; und von der ITF direkt: Li BARON, Sg CAP NORTE*, Sg CAP VILANO*, So HARMEN OLDENDORFF, Li ITEL TAURUS, Sg KYDOR PIONEER, Cy KYPRIS, Pa LINDBLAD EXPLORER*, Li LYRA, Li MARITA, Sg NAD PRINCE, Sg OCEAN INTREPID, Li RUNO, Pa SAN MORITZ und Sg UNION STAR.

Der Reederei Hanseatic Ship Management, die uns wegen der Boykottierung ihres Schiffes SAMOSSAND im schwedischen Hafen Hälsingborg beim Britischen Arbeitsgericht verklagt hatte, gelang es nicht, eine gerichtliche Verfügung gegen die ITF zu erlangen. Das Gericht erklärte, dass die ITF für die Boykottierung dieses Schiffes nicht verantwortlich gemacht werden könne, da die an der Boykottierung beteiligten schwedischen Gewerkschaften zwar im Rahmen der gemeinsam beschlossenen ITF-Politik handelten, aber dessen ungeachtet unabhängig seien, so dass die ITF ihnen weder befohlen habe noch befehlen könne, diese Politik zu verfolgen. (Die SAMOSSAND ist seitdem unter einen ITF-Schutzvertrag gebracht worden.)

* Vertragserneuerung

TRANSPORT UND VERKEHR

INTERNATIONALES
=====

Automatische Kupplung erst 1985

Der Geschäftsführende Ausschuss des Internationalen Eisenbahnverbandes (UIC) hat im Juni in Paris einen neuen Zeitplan über die Einführung der automatischen Kupplung bei den europäischen Eisenbahnen beschlossen. Die ITF bedauert ausserordentlich, dass der ursprünglich vorgesehene Zeitplan (Beginn der Umstellung 1981 / Ende 1985) angeblich nicht eingehalten werden kann und die Bahnverwaltungen einen Aufschub des Beginns bis 1985 beantragt haben.

In einer Stellungnahme gegenüber den Verkehrsministern hat die ITF mit grossem Nachdruck auf die Notwendigkeit der Einführung der automatischen Kupplung und insbesondere einer drastischen Verkürzung der Uebergangszeit verwiesen, da eine vierjährige Umstellungsperiode mit erhöhten Gefahren für das Rangierpersonal verbunden ist.

JAPAN
=====

Seeleutegewerkschaft fordert Prüfung des Sicherheitszustandes von Hochseeschiffen

Die der ITF angeschlossene All Japan Seamen's Union hat die Regierung und die staatlichen Schifffahrtsbehörden aufgefordert, eine Prüfung des Sicherheitszustandes aller japanischen Hochseeschiffe vorzunehmen und für die Behebung etwaiger Defekte zu sorgen. Vor kurzem untersuchte die Gewerkschaft selbst 58 Schiffe mit einer Wasserverdrängung von mehr als 30.000 BRT. In allen Fällen liess der Sicherheitszustand der Schiffe zu wünschen übrig. 32 der Schiffe waren Tanker, 19 Erzschiffe und 7 Massengüterschiffe. Gleichzeitig forderte die Gewerkschaft die Regierung auf, die gesetzlichen Bestimmungen über die Sicherheitskontrolle in der Schifffahrt zu verschärfen.

SCHWEDEN
=====

Entschliessung der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zu Regierungsplänen über eine neue Verkehrspolitik

Die der ITF angeschlossene schwedische Gewerkschaft der Staatsbediensteten hat auf ihrem kürzlichen Kongress eine Entschliessung angenommen, in der sie die Pläne der schwedischen Regierung in bezug auf die Erstellung einer neuen nationalen, regionalen und lokalen Verkehrspolitik begrüsst. Der Kongress war sich bewusst, dass die Probleme des öffentlichen Verkehrs nicht leicht zu lösen sind, betonte jedoch, dass die zuständigen staatlichen und lokalen Behörden bei der Formulierung ihrer verkehrspolitischen Pläne den Bedürfnissen der Öffentlichkeit voll Rechnung tragen sollten, insbesondere was Aspekte des Umweltschutzes und der Sicherheit anbelangt. Darüber hinaus erklärte der Kongress, dass dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsdienste im Interesse der Öffentlichkeit als Ganzes die grösstmögliche Bedeutung beigemessen werden sollte. Abschliessend nahm der Kongress mit Befriedigung davon Kenntnis, dass die Gewerkschaften auf dem mit der Formulierung verkehrspolitischer Empfehlungen beauftragten Ausschuss vertreten sein werden.

Die genannte Gewerkschaft wies darauf hin, dass die von der Presse dem schwedischen Verkehrsminister zugeschriebene Erklärung, dass die Regierung bestimmte Langstrecken-Strassengütertransporte zu verbieten beabsichtige, nicht den Tatsachen entspreche. Der Verkehrsminister habe lediglich gesagt, eine rationale Verkehrspolitik müsse davon ausgehen, dass Langstreckentransporte per Strasse nicht notwendig seien, wenn auf den in Frage kommenden Strecken alternative Eisenbahnverbindungen vorhanden seien.

U S A
=====

Transportarbeiter fordern Verstaatlichung der Eisenbahnen

Eisenbahnerfunktionäre des der ITF angeschlossenen Amerikanischen Transportarbeiterverbandes (TWU) haben erneut die Verstaatlichung der amerikanischen Eisenbahnunternehmen gefordert, da sie dies als die einzige Lösung der finanziellen Schwierigkeiten betrachten, denen sich dieser Verkehrsträger seit Jahren gegenübergestellt sieht. Eine Verstaatlichung der Eisenbahnen liegt nach Ansicht der Gewerkschaft nicht nur im Interesse des Eisenbahnpersonals, sondern auch der allgemeinen Öffentlichkeit.

GEWERKSCHAFTEN

PORTUGAL
=====

IBFG entsetzt über blutigen Ueberfall der Polizei auf Zivil-
luftfahrtspersonal

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat Empörung und Entsetzen über einen blutigen Ueberfall bekundet, der am 12. Juli in Portugal auf Beschäftigte der portugiesischen Luftlinie TAP erfolgte. Die Schockpolizeitruppen sprengten ein gewerkschaftliches Treffen des Luftfahrtspersonals auseinander, wobei zahlreiche Arbeitnehmer verletzt und eine grosse Anzahl von ihnen verhaftet wurden. Die Leichen zweier erschossener Arbeiter wurden von der Polizei abtransportiert. Das Personal der TAP, das einen neuen Tarifvertrag mit besseren Löhnen und Sozialversicherungsbedingungen fordert, streikt seit dem Tage des Ueberfalls.

Der Generalsekretär des IBFG, Otto Kersten, erklärte hierzu: "Das portugiesische Diktaturregime, dessen Verbrechen in Mozambique schockieren, geht offenbar auch in Portugal selbst aufs brutalste vor, um die Arbeiter zu unterdrücken. Dennoch unterhält der IBFG enge Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung in Portugal und unterstützt die portugiesischen Arbeiter in ihrem Kampf. Wir werden nicht ruhen, bis in Portugal Demokratie und Gewerkschaftsfreiheit wiederhergestellt sind."

TÜRKEI
=====

Verhaftung und unmenschliche Behandlung von Gewerkschaftern

Die ITF hat bei der türkischen Regierung wegen der Massnahmen, die seitens der Polizei gegen Funktionäre der ihr angeschlossenen Gewerkschaft des Zivilluftfahrtspersonals ergriffen worden sind,

einen scharfen Protest eingelegt. Gemäss einem uns von der genannten Gewerkschaft zugestellten Bericht wurden der Vorsitzende und mehrere Vorstandsmitglieder verhaftet, geprügelt, gefoltert und 18 Stunden grundlos festgehalten, während die Polizei ihre Büroräume und Wohnungen durchsuchte. In ihrem Telegramm an Präsident Sunay erklärte die ITF, dass sie über die willkürliche Verhaftung und Misshandlung dieser Gewerkschafter entsetzt und empört sei und auf der sofortigen Wiederherstellung grundlegender Menschen- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei bestehe.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DEUTSCHLAND

=====

OeTV fordert Expertengespräche über Flugsicherung

Der Hauptvorstand der uns angeschlossenen deutschen Gewerkschaft OeTV hat in Fernschreiben an den Bundesinnenminister und den Bundesverkehrsminister seinen Besorgnis über die Entwicklung in der deutschen Luftfahrt Ausdruck gegeben. Er stellte fest, dass die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Beschäftigten im gesamten Bereich der zivilen Luftfahrt der Bundesrepublik in der derzeitigen Situation erheblich gefährdet ist. Als Folge der Verkehrseinschränkungen, die durch die Fluglotsenaktionen ausgelöst worden seien, drohe zahlreichen Beschäftigten Kurzarbeit, wenn nicht Entlassung. Aus diesem Grunde sei der Hauptvorstand der Gewerkschaft OeTV erstaunt und enttäuscht darüber, dass die Bundesregierung bisher noch keine Einladung für das am 10. Juli 1973 vereinbarte Expertengespräch über die Flugsicherung erteilt habe. Der Hauptvorstand stellte ferner noch einmal eindeutig klar, dass die OeTV die Flugsicherung als eine Einheit betrachte und nicht bereit sei, isolierte Lösungen für einzelne Dienstzweige zu akzeptieren.

GROSSBRITANNIEN

=====

Höhere Löhne für Lastwagenfahrer

Die für den britischen Strassengütertransport zuständige Tarifinstanz hat sich trotz der Opposition der Gewerkschaften darauf geeinigt, den im Strassengütertransport beschäftigten Fahrern eine Erhöhung ihrer Mindestwöchentlichen Löhne um durchschnittlich £1,75 anzubieten. (Eine bereits früher vorgeschlagene zusätzliche Erhöhung wurde von der staatlichen Lohnbehörde als unzulässig bezeichnet, weil sie die Formel "£1 +4%" überschritt.) Etwa 200.000 Strassengütertransportfahrer werden die obengenannte Erhöhung erhalten. Die der ITF angeschlossene britische Transportarbeiter-Gewerkschaft (TGWU) hat darüber hinaus mit etwa 100 Speditionsunternehmen separate Verträge abgeschlossen.

TGWU veröffentlicht Charter für Autobuspersonal

Die der ITF angeschlossene britische Transportarbeiter-Gewerkschaft (TGWU) hat ein acht Punkte enthaltendes Forderungsprogramm für Autobuspersonal ("busmen's charter" genannt) veröffentlicht. Gefordert wird u.a. ein wöchentlicher Mindestlohn von £25 und eine beschleunigte Einführung des Nulltarifs. In den meisten Autobusbetrieben des Landes ist 20% weniger Personal vorhanden als erforderlich; in einigen Londoner Garagen sogar 30% weniger. Ferner besteht ein grosser Mangel an geschultem Wartungspersonal und Mechanikern, so dass viele Busse stilliegen, was zu beachtlichen Fahrplanstörungen führt. Weitere Forderungen der TGWU sind: Einführung der 5-Tage-/35-Stunden-Woche; Beschränkung der zusammenhängenden Dienstzeit auf maximal vier Stunden; Begrenzung der Mehrarbeit; vier Wochen bezahlter Urlaub pro Jahr -- und dass der Neujahrstag und der 1. Mai als öffentliche Feiertage gelten sollten.

Die Gewerkschaft ist davon überzeugt, dass die Lösung der Probleme des öffentlichen Autobusverkehrs in der Einführung des Nulltarifs besteht, was natürlich den Einsatz von mehr Fahrzeugen und Personal erfordern würde. Voraussetzung für die Einführung des Nulltarifs ist es jedoch, dass alle beteiligten Personenkreise -- von der allgemeinen Öffentlichkeit bis zu den höchsten Regierungsinstanzen -- sich der sozialen Bedeutung des öffentlichen Personenverkehrs voll bewusst werden.

ISRAEL

=====

Seeleutestreik abgeblasen: Verhandlungen wiederaufgenommen

Nachdem die Arbeitgeber eine Forderung des der ITF angeschlossenen Israelischen Seeleuteverbandes auf Zahlung höherer Heuern abgelehnt hatten, rief die Gewerkschaft am 5. August einen Streik aus, der in wenigen Tagen die Stilllegung von über 50% der israelischen Handelsflotte zur Folge hatte. Eine Woche später erklärte sich die staatliche Reederei Zim zur Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft bereit, und der Streik wurde abgeblasen.

KANADA

=====

Mechaniker bestreiken Canadian Pacific Air (CPA)

Die der ITF angeschlossene Mechaniker-Gewerkschaft IAM steht seit dem 25. Juli im Streik gegen die kanadische Luftfahrtsgesellschaft CPA. Die umstrittenen Forderungen der IAM sind: Gleichstellung der CPA-Mechaniker mit den Mechanikern der Air Canada; gleiche Löhne für weibliche Arbeitnehmer und Zahlung bestimmter Zulagen. Die CPA hat seit Beginn des Streiks bestimmte Flughäfen in Europa, Lateinamerika und dem Fernen Osten mit streikbrechendem Aufsichtspersonal an Bord der Flugzeuge angefliegen. Die ITF ist für die Koordinierung internationaler Solidaritätsaktionen gegen diese Flüge zuständig. Infolge solidarischer Massnahmen seitens unserer

Mitgliedsverbände hat die CPA mehrere Flugverbindungen bereits eingestellt.

Im Juli führten die Mechaniker mehrere Blitzstreiks gegen Air Canada durch, was zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages führte, der eine Erhöhung der Gehälter um 8% im Jahre 1973 und um weitere 8% nächstes Jahr vorsieht.

Regionale Streikmassnahmen des nicht-fahrenden Eisenbahnpersonals

Aufgrund des ergebnislosen Ausgangs langwieriger Verhandlungen über Forderungen auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen begann das im Dienste der kanadischen Eisenbahngesellschaften stehende nicht-fahrende Personal Anfang August mit der Durchführung einer Reihe regionaler Streikmassnahmen, deren Dauer auf jeweils 48 Stunden beschränkt war. Diese hatten eine Reduzierung des Eisenbahnbetriebes um rund zwei Drittel zur Folge. Die zuständigen Gewerkschaften hoffen, dass diese Massnahmen die Arbeitgeber zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bewegen werden.

MALTA =====

Arbeitskonflikt des Autobuspersonals endet

Am 26. Juli endete in Malta ein Arbeitskonflikt, dessen Ursache in den Plänen der Regierung zur Reorganisierung der Autobusdienste des Landes bestand. Die Regierung hat sich nunmehr bereit erklärt, drei öffentliche Verkehrsunternehmen zu bilden, die ab 1. Januar 1975 zu einem einzigen Unternehmen verschmolzen werden sollen. Der Arbeitskonflikt begann, nachdem mehrere Arbeitnehmer Kündigungen erhalten hatten. Diese Kündigungen sollen nunmehr vier Wochen laufen, und die Regierung hat versprochen, sämtliche Arbeitnehmer ab 1. September 1973 (dem Zeitpunkt der Bildung der drei genannten Unternehmen) wiederanzustellen. Darüber hinaus werden alle bei öffentlichen Verkehrsdiensten beschäftigten Arbeitnehmer ab 4. August 1973 eine Teuerungszulage von £1 pro Woche erhalten.

NIGERIEN =====

Seminar über Genossenschaften

Vom 24. bis 27. Juli fand in Lagos ein von unserem Regionalvertreter für Afrika, Ben Udogwu, geplantes, äusserst erfolgreiches Seminar für Angehörige der Kreditgenossenschaft der uns angeschlossenen Vereinigung der Lokführer, Heizer und Rangierer statt. An dem Seminar nahmen zwanzig Zweigstellen-Funktionäre teil. Referiert wurde u.a. über folgende Themen: Geschichte der Genossenschaftsbewegung; allgemeines Management von Genossenschaften; Buchführungsmethoden von Genossenschaften; Gewährung, Rückzahlung und Verzinsung von Darlehen; Aufgaben von Genossenschaften, mit besonderem Bezug auf Konsumgenossenschaften. Am Ende erfolgte eine allgemeine Diskussion über die ITF und ihre Arbeit.

Die vor 15 Monaten gebildete Kreditgenossenschaft der Gewerkschaft hat seit ihrer Gründung gute Fortschritte gemacht. Ihr gehören gegenwärtig 144 Mitglieder an, und es liegen eine grosse Zahl weiterer Ansuchen um Beitritt vor. Die Genossenschaft hofft, in Kürze ins Handelsregister eingetragen zu werden. An der Schluss-sitzung des Seminars nahm Mr. O. Somoye, der stellvertretende Registrar für Genossenschaften im Staate Lagos, teil. Er erklär-te sich bereit, der Genossenschaft unseres Mitgliedsverbandes bei der Lösung etwaiger Verwaltungsprobleme behilflich zu sein.

TRINIDAD

Hafenarbeiterstreik endet

Am 16. August endete ein Streik der im Dienste der Speditionsfirma Swan Hunter stehenden Hafenarbeiter in Port of Spain (Trinidad). Der Streik war ausgebrochen, nachdem die Arbeitgeber versucht hatten, 25 Mitglieder des der ITF angeschlossenen Seeleute- und Hafenarbeiterverbandes von Trinidad zu entlassen. Nach einigen Tagen erklärten sich die Arbeitgeber bereit, 20 der 25 entlasse-nen Arbeitnehmer wieder einzustellen und den übrigen fünf angemessene Abfindungen zu zahlen.

U. S. A.

Arbeitskonflikt des TWU mit KLM dauert an

Die der ITF angeschlossene amerikanische Transportarbeiter-Gewerk-schaft (TWU) hat uns gebeten, den angeschlossenen Zivilluftfahrts-Gewerkschaften in aller Welt für die tatkräftige Unterstützung zu danken, die sie den Mitgliedern des TWU seit dem 1. Juli in ihrem Streik gegen die niederländische Luftfahrtsgesellschaft KLM geleistet haben. Dieser Arbeitskonflikt dauert noch immer an. Sein Grund besteht in der Entlassung von Verpflegungspersonal zufolge der Unterzeichnung von Lieferungsverträgen mit gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen. Ein von der KLM vor kurzem vorgeschlagener Kompromiss wurde von der Mitgliedschaft der TWU mit überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschwerden der Panamakanal-Lotsen

Die uns angeschlossene amerikanische Gewerkschaft der Kapitäne, Steuerleute und Lotsen berichtet, dass ihre im Panama-Kanal beschäf-tigten Lotsenmitglieder äusserst besorgt darüber sind, dass die Kanal-Gesellschaft die Vorschläge der Lotsen zur Verbesserung der Navigationssicherheit und zur Modernisierung des Kanals in Anbe-tracht der technischen Entwicklung in der Schifffahrt systematisch ignoriert. Das Arbeitspensum der Lotsen hat sich infolgedessen derartig erhöht, dass sich eine beträchtliche Anzahl von ihnen ge-zwungen sah, sich krank zu melden, um sich von ihrer Ermüdung einiger-massen erholen zu können. Mehrere Lotsen haben aufgrund

der zu anstrengenden Arbeitsbedingungen ihre Beschäftigung gewechselt. Um dem sich daraus ergebenden Arbeitskräftemangel abzuhelfen, hat die Gesellschaft nunmehr vorgeschlagen, dass der Besitz eines Schiffsführerpatents nicht länger eine der Voraussetzungen für die Beschäftigung als Lotse sein sollte. Da die Gefahren einer solchen Reduzierung des Befähigungsniveaus klar erkenntlich sind, hat die ITF die ihr angeschlossenen Gewerkschaften der Seeleute ersucht, den Präsidenten der Kanal-Gesellschaft telegrafisch aufzufordern, mit den im Kanal beschäftigten Lotsen seriös und konstruktiv zu verhandeln und sicherzustellen, dass die Lotsendienste im Panama-Kanal nicht das Leben unschuldiger Seeleute gefährden und allen internationalen Anforderungen auf dem Gebiete der Navigationssicherheit gerecht werden.

KURZNACHRICHTEN

Die australischen Eisenbahner erhalten dieses Jahr erstmalig eine zusätzliche Woche Urlaub. Damit erhöht sich der Urlaubsanspruch der Schichtarbeiter auf 5 Wochen pro Jahr und der anderer Arbeiter auf 4 Wochen.

Belgien: Eine von der Abteilung Zivilluftfahrt der belgischen Gewerkschaft des Personals der öffentlichen Dienste gestellte Forderung auf eine wesentliche Erhöhung der Gehälter des an Bord von Flugzeugen des Typs DC-10 zu beschäftigenden Flugpersonals ist zur Schlichtung an die Staatliche Paritätische Kommission für die Zivilluftfahrt weitergeleitet worden.

Bundesrepublik Deutschland: Die uns angeschlossene Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hat in einem Schreiben an den Bundesinnenminister und die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien gefordert, dass die Einführung der 40-Stunden-Woche auch für die rund 220.000 Beamten der Deutschen Bundesbahn ab 1. Oktober 1974 erfolgen sollte. Für die rund 180.000 Arbeiter und Angestellten der DB konnte die GdED bereits mit ihrer Tarifbewegung vom Jahre 1972 eine stufenweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bis zu einer Endstufe von 40 Stunden ab 1. Oktober 1974 durchsetzen.

PERSONALIEN

Steve Federoff, ein Mitbegründer der amerikanischen Seeleute-Gewerkschaft NMU und von 1958 bis 1962 Sekretär und Kassenwart dieser Organisation, ist vor kurzem im Alter von 57 Jahren gestorben.

George Leighty, langjähriger Vorsitzender der ehemaligen amerikanischen Eisenbahner-Föderation RLEA und von 1946 bis 1965 Präsident der Vereinigung der Eisenbahn-Telegraphisten, ist im Alter von 77 Jahren gestorben.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN
=====

- | | |
|--|---------------------------------------|
| Konferenz der Sektion Strassentransport | - London,
23. und 24. Okt. 1973 |
| Technischer Ausschuss der Flugingenieure | - London,
25. und 26. Okt. 1973 |
| ITF-Vorstand | - Paris,
30. und 31. Okt. 1973 |
| Konferenz des Bodenpersonals der
Zivilluftfahrt | - Amsterdam,
12. und 13. Nov. 1973 |

WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE
IN DIESER NUMMER ENTHALTENEN
MITTEILUNGEN SIND VOM SEKRETA-
RIAT AUF ANFRAGE ERHÄLTlich!